

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



Wien — Gegenmodell zur Politik von Schwarz-Blau

Zukunftsweisende Wahl am 25. März 2001

Am 25. März 2001 findet die wohl wichtigste Wählerentscheidung nach der Nationalratswahl vom Oktober 1999 und dem Antritt der schwarz-blauen Koalitionsregierung statt: Die Bundeshauptstadt wählt ihren neuen Landtag und Gemeinderat. Wenn es auch, wie bei jeder Regionalwahl, vorweg um die Probleme der Stadt geht, so wird der Entscheid von rund einer Million Wahlberechtigten zweifellos auch als Urteil über die Politik der schwarz-blauen Ko-

alition gewertet werden. Die Sozialdemokratie als „historische Partei“ sieht sich in Wien – wie auch in der Vergangenheit, als sie daranging, gegen eine reaktionäre Regierung den arbeitenden Menschen in dieser Stadt ein menschenwürdiges Leben zu erkämpfen – dazu aufgerufen, ein Gegenmodell zu der rückwärts gewandten Koalitionspolitik von heute zu entwerfen. Weltoffenheit gegen Fremdenangst, Demokratie gegen autoritäre Tendenzen, soziale Sicherheit gegen Sozialab-

bau, menschengerechtes Wohnen gegen Ausgrenzung – so will Wien „anders“ bleiben, anders vor allem gegenüber Schwarz-Blau.

„Wir sind keine Ideologen der Verstaatlichung – aber auch keine Ideologen der Privatisierung“, formuliert es Wiens SPÖ-Vorsitzender Bürgermeister Michael Häupl. Aus ideologischen Gründen wird es in Wien keine Privatisierung geben, weder bei der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Strom, Gas, noch beim tadellos funk-

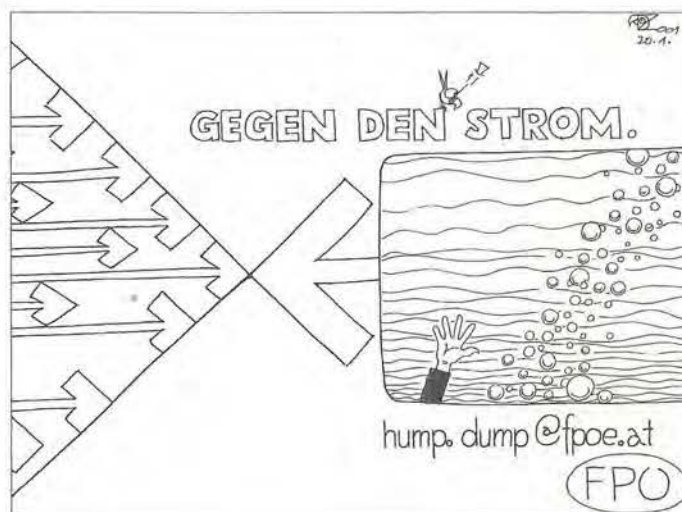
tionierenden öffentlichen Verkehr, noch bei den Gemeindefunktionen. „Nicht die ökonomische Verwertbarkeit für das Kapital darf einziges Kriterium der Wirtschaft sein, entscheidend muss bleiben, wie der technische Fortschritt die Arbeit erleichtert, die Arbeitsplätze sichert, eben den Menschen – allen Menschen – ein menschenwürdiges Leben ermöglicht“, ist das Credo der Wiener Sozialdemokraten.

Darüber werden die Wähler am 25. März entscheiden. ■

FPÖ Wien im Umfragetief

Wenn die Meinungsforscher Recht behalten, so wird die Wiener FPÖ bei der kommenden Landtagswahl ein Debakel erleiden; ihr werden Verluste von acht bis zehn Prozentpunkten vorausgesagt. Der Zustand der Partei kulminierte jüngst in der Ablöse des Spitzenkandidaten Hilmar Kabas – der zu dieser Zeit noch im Großformat von den eben erst afficierten Plakaten herunterlächelte. Kabas hatte sich durch seine mit unsäglichem Ausreden „entschuldigenden“ Ausfälle, die ihn zum „Humpi-Dum-

pi“ der Nation machten – mehr noch durch seine Verwicklung in die Spitzelaffäre, die möglicherweise bald in ein Gerichtsverfahren münden wird – ins Outmanövriert. Zum Himmelfahrtskommando der Nachfolge bei der Spitzenkandidatur konnte schließlich die 61-jährige Exrichterin Helene Partik-Pablé überredet werden. Das wird kaum mehr helfen – die einstigen Protestwähler, die den Höhenflug der Wiener FP ermöglichten, haben längst erkannt, was von den blauen Versprechungen zu halten ist. ■



So sah Karikaturist Dieter Zehentmayr im „Standard“ den Absturz des FP-Spitzenkandidaten Hilmar Kabas von der Plakatwand. („Gegen den Strom“ war übrigens eine Parole Lenins)

Februar-Gedenken in Österreich

Folgende Februar-Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Freiheitskampfes im Jahre 1934 wurden uns gemeldet:

Klagenfurt:

Montag, 12. Februar, 9.30 Uhr, Kranzniederlegung auf dem Friedhof Annabichl. Redner: Landesvorsitzender Präsident a. D. Hans Pawlik.

Niederösterreich:

Sonntag, 11. Februar, 9.30 Uhr, Gedenkveranstaltung beim Mahnmal Wöllersdorf, Redner: Bundesvorsitzender Abg. z. NR a. D. Prof. Alfred Ströer.

Montag, 12. Februar, 9.00 Uhr, Gedenkveranstaltung auf dem Hauptfriedhof St. Pölten beim Gedenkstein für Justifizierte.

Linz:

Montag, 12. Februar, Kranzniederlegungen: 8.00 Uhr im Hof Landstraße 36, 8.20 Uhr beim Mahnmal Waldfriedhof St. Martin und anschließend um ca. 8.45 Uhr beim Bulgari-Denkmal, Ecke Poschacherstraße/Bulgariplatz.

Innsbruck:

Montag, 12. Februar, beim Gedenkstein im ehemaligen Anhaltelager. Rednerin: Gemeinderätin Siegrid Marinell.

Wien:

Montag 12. Februar, 18.00 Uhr, Gedenkveranstaltung in Wien 20, Stromstraße 36–38, Winarsky-Hof. Redner: Bezirksvorsteher Karl Lacina, Bundesvorsitzender Abg. z. NR a. D. Prof. Alfred Ströer, Bürgermeister Dr. Michael Häupl.

Wer war Dollfuß?

Diese Frage stellen sich junge Leute, seitdem der Kanzler der schwarz-blauen Koalition erklärt hat er sei nicht Dollfuß und Haider sei nicht Hitler. Nun, Dollfuß war ein ganz kleiner Diktator und Hitler ein ganz großer.

Engelbert Dollfuß, Dr. jur., geb. 1892 in Teising, war Sekretär des NÖ-Bauernbundes, dann Direktor der Landwirtschaftskammer. 1931 wurde er Landwirtschaftsminister und 1932 als Kompromisskandidat der Christlich-Sozialen zum Bundeskanzler bestellt.

Die parlamentarische Basis seiner Regierung, in die auch Vertreter der faschistischen Heimwehr geholt wurden, war äußerst schmal. So nützte er im März 1933 eine Geschäftsordnungskrise des Nationalrats, um das Parlament auszuschalten und mit Ausnahme Gesetzen zu regieren. Sein Ziel war der so genannte „Ständestaat“, in dem es kein Parlament und keine Parteien mehr geben sollte. Das Verbot der Sozialdemokratischen Partei, auf das der Schutzherr der Heimwehr, der italienische Diktator Mussolini drängte, wurde vorbereitet. Dies suchten die sozialdemokratischen Schutzbündler im Februar 1934 zu

verhindern. Dollfuß ließ mit Kanonen auf die Arbeiterwohnhäuser schießen, rund tausend Menschen fanden den Tod.

Dollfuß und sein Justizminister Schuschnigg ließen neun Sozialdemokraten – Josef Ahrer, Anton Bulgari, Johann Hois, Karl Münichreiter, Viktor Rauchenberger, Josef Stanek, Emil Swoboda, Koloman Wallisch und Georg Weissel – hinrichten; als zehnter folgte ihnen Josef Gerl im Juni 1934 auf

den Galgen, wozu Dollfuß bemerkte: Danken wir Gott, dass es ein Roter war. Trotz Kontaktnahme mit den Nazis geriet er in einen Zweifrontenkrieg. Am 25. Juli putschten die Nationalsozialisten, drangen ins Bundeskanzleramt ein und ließen den schwer verletzten Dollfuß verbluten. Der katholischen Lehre, dass der Märtyrertod alle Sünden und Verbrechen sühne, können sich die Sozialdemokraten nicht anschließen. Dollfuß' Ausschaltung der Demokratie führte – auch für ihn selbst – ins Verderben, der Widerstand des sozialdemokratischen Schutzbundes bleibt das historische Ereignis des erstmaligen Kampfes in Europa gegen den Faschismus.

Karl Gruber



Das Bild Dollfuß' – wenn auch nicht in Heimwehr-uniform – hängt auch heute noch im ÖVP-Parlamentsklub

„Ohne den Februar 1934 kein Spaziergang Hitlers nach Wien“

Vor 60 Jahren, im Februar 1941, als Hitler im Zenit seines Kriegsglücks stand (noch standen ja erst der Jugoslawienkrieg und der Überfall auf die Sowjetunion bevor), gedachte die „London-Information der österreichischen Sozialisten in England“ mit nachstehendem Beitrag des 12. Februars.

„Am 12. Februar 1934 donnerten die Kanonen in Linz und Wien. Auf Befehl Mussolinis, im Dienst des Faschismus ließen Dollfuß

und Starhemberg auf die österreichischen Arbeiter schießen, die sich zur Verteidigung der Freiheit erhoben hatten. Es war ein Vorspiel. Im Dröhnen des Krieges von heute tönen jene Schüsse vom 12. Februar nach. Ohne den Februar 1934 kein Spaziergang Hitlers nach Österreich. Ohne den Einmarsch in Österreich keine Eroberung der Tschechoslowakei, kein Überfall auf Polen – kein Krieg. Die Geschichte wird den österreichischen Arbeitern den

Ruhm zuerkennen, dass sie die ersten waren, die gegen den Vormarsch des Faschismus in seinen verschiedenen Gestalten zu den Waffen gegriffen haben. Sie waren die ersten – und außer den Spaniern die einzigen –, die die Verteidigung der Demokratie gegen die Diktatur offensiv geführt haben. Dies ist heute noch eine Mahnung an alle Demokratien. Stolz und dankbar gedenken wir darum der Opfer der Februartage 1934, der Kämpfer vom Karl-

Marx- und vom Goethe-Hof und der Märtyrer der Standgerichte. Diese Erinnerung legt jedem von uns Verpflichtung und Verantwortung auf. Nicht rückwärts gewandt betrachten wir Sozialisten die Geschichte: In den Stürmen der Gegenwart müssen wir unseren Mann stellen, in den Kämpfen der Zukunft wollen wir der Helden des Februar würdig sein. – Heute wie damals: Gegen den Faschismus! Gegen Hitler! Für die Freiheit!“

Durchbruch bei Entschädigungsverhandlungen in Washington

Einer APA-Meldung vom 18. 1. 2001 entnehmen wir folgende Details zu dem am 17. 1. 2001 zustande gekommenen Abschluss der Verhandlungen um die NS-Entschädigungen zwischen Österreich, den USA sowie jüdischen Organisationen und Opfer-Anwälten: Die Maßnahmen des österreichischen Entschädigungspakets reichen von Sofortzahlungen bis zur Erhaltung jüdischer Friedhöfe durch die öffentliche Hand.

Ein „General Settlement Fund“ wird eingerichtet und mit insgesamt 360 Millionen Dollar (383 Mill. Euro/5,27 Mrd. S) gefüllt. 150 Mill. davon werden für die Entschädigung von entzogenen Mietrechten und persönlichen Wertgegenständen sowie Hausrat verwendet. Mit der Auszahlung in Form eines Pauschalbetrags von 7.000 Dollar wird der Nationalfonds betraut, die entsprechenden Gelder sollen noch heuer fließen. Die Gesamtleistung des Fonds

wird insgesamt 380 Mill. Dollar betragen. Die öffentliche Hand wird jene Grundstücke, Immobilien sowie andere Gegenstände, die in der NS-Zeit enteignet wurden und sich heute noch in staatlichem Besitz befinden, zurückerstaten. Das betrifft sowohl individuelle Ansprüche als auch jüdisches Gemeindeeigentum. Zur Prüfung wird ein dreiköpfiges „Panel“ eingesetzt, das aus einem US- und einem österreichischen Vertreter besteht, die gemeinsam dann das dritte Mitglied bestimmen können. Das Sozialpaket für Holocaust-Überlebende wurde von Österreichs Sonderbotschafter für Restitutionsfragen, Ernst Sucharipa, mit 112 Mill. Dollar für die nächsten zehn Jahre beziffert. Ausgeweitet wird das Pflegegeld auch für im Ausland lebende Bezieher bis zur Stufe 7 (bisher nur bis Stufe 2), erleichtert wird der Zugang zu Renten nach dem Opferfürsorgegesetz und künftig können auch Holocaust-Op-

fer der Jahrgänge 1933 bis 1938 begünstigt Pensionsmonate nachkaufen.

Die Kunst-Restitution, die von Österreich schon seit einiger Zeit betrieben wird, wird in diesem Sinne fortgeführt.

Die öffentliche Hand nimmt sich künftig der Restaurierung und Erhaltung jüdischer Friedhöfe in ganz Österreich an.

Der frühere Hakoah-Sportverein wird auf einem Grundstück wieder errichtet, das von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt wird. Mit insgesamt acht Mill. Dollar soll das Sportgelände wieder erstehen.

Botschafter Sucharipa erklärte in diesem Zusammenhang, es wäre aber falsch zu glauben, dass „die Arbeit nun erledigt ist“. Denn das ausgehandelte Paket müsse nun implementiert werden. „Die Umsetzung in konkrete Gesetzesprache wird eine unglaubliche Aufgabe sein“, so der Sonderbotschafter. ■

Achtung!! Wichtig!! Anträge an die deutsche Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ stellen!

In der Ausgabe 7-8-9/2000 unserer Mitgliederzeitschrift haben wir berichtet, dass das bundesdeutsche Gesetz zur Errichtung der deutschen Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ am 12. August 2000 in Kraft getreten ist.

Sklaven- oder Zwangsarbeiter während des Nationalsozialismus, andere Opfer nationalsozialistischer Unrechtshandlungen oder Erben eines Opfers könnten Anspruch auf Entschädigung aus dem neuen deutschen Fonds haben. Entsprechende Antragsformulare können nunmehr über die Internationale Organisation für Migration – IOM Wien, 1010 Wien, Nibelungengasse 13/4, Telefon:

01/585 33 22-11 oder 0664/383 56 63, bzw. per E-Mail: elaubacher-kubat@iom.int angefordert werden.

Die Website der IOM ist unter der Internetadresse: www.compensation-for-forced-labour.org zu erreichen.

Da die Antragsfrist gegenüber der IOM, dem JCC und der Partnerorganisation in Russland mit 11. August 2001 endet, ist es erforderlich, diese Antragsformulare so rasch als möglich bei der oben genannten Adresse anzufordern, bzw. weitere Informationen über eventuelle Anspruchsberechtigungen einzuholen.

Siehe auch unsere Homepage www.freiheitskaempfer.at ■

SKLAVEN-ODER ZWANGSARBEITER WÄHREND DES NATIONALSOZIALISMUS?
ANDERES OPFER NATIONALSOZIALISTISCHER UNRECHTSHANDLUNGEN? ERBE EINES OPFERS?

SIE KÖNNTEN EINEN ANSPRUCH AUF ENTSCHÄDIGUNG AUS DEM NEUEN DEUTSCHEN FOND HABEN

Der Aufruf der deutschen Stiftung erinnert an das Los der Zwangsarbeiter

Versöhnungsfonds: Kuratorium konstituiert

Am Mittwoch, dem 20. Dezember 2000, fand in den Räumlichkeiten des Bundeskanzleramtes die konstituierende Sitzung des Kuratoriums des Österreichischen Versöhnungsfonds statt.

Bundeskanzler Schüssel dankte am Beginn der Tagung der Regierungsbeauftragten Dr. Maria Schaumayer, deren Regierungsmandat für die Verhandlungen über die Leistungen der Republik Österreich für die ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeiter des NS-Regimes mit diesem Tage endete, für ihren unermüdlichen Einsatz

und ihre Arbeit. Dr. Schaumayer erklärte, dass sie sehr glücklich sei, dass sie an einer so großen humanitären Aufgabe habe mitwirken dürfen.

Wie bereits berichtet, gehört unser Bundesvorsitzender, Abg. z. NR a. D. Prof. Alfred Ströer, dem Kuratorium als Vertreter des Dachverbandes der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs an.

Weitere Mitglieder des Kuratoriums sind: der Bundeskanzler, Vertreter der Bundesministerien für auswärtige Angelegenheiten, Finanzen und Wirtschaft und Arbeit, Vertreter der vier Parlamentsfraktionen, Vertreter der Länder, der Wirtschaft, des Dokumentationszentrums des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes, Rudolf Sarközi als Vertreter des Kulturvereins österreichischer Roma, Vertreter der Regierungen der Republiken Belarus und Polen, der Russischen Föderation, der Tschechischen Republik, der Ukraine, der Republik Ungarn, der Vereinigten Staaten von Amerika sowie der von der Regierung der Vereinigten Staaten entsendete Rechtsanwalt Martin Mendelsohn.

Bei dieser Sitzung wurde der bisherige Leiter des Büros Schaumayer, Dr. Wolfgang



Der Vorsitzende des Kuratoriums, Ludwig Steiner, Tiroler Widerstandskämpfer

Renezeder, zum Schriftführer bestellt. Botschafter Dr. Ludwig Steiner wurde von den versammelten Kuratoriumsvertretern zum Vorsitzenden des Komitees und Botschafter Dr. Richard Wotava zum Generalsekretär des österreichischen Versöhnungsfonds gewählt. Es ist geplant, bei der zweiten Sitzung des Kuratoriums die weiteren Mitglieder des Komitees zu wählen und die grundlegenden Dokumente des Fonds, die Geschäftsordnung und die Richtlinien für die Verga-

be der Leistungen zu beschließen.

Das Versöhnungsfondsgesetz sieht einen Aufbau der Fondsorgane ähnlich dem einer Aktiengesellschaft mit Aufsichtsrat und Vorstand vor, wobei das Kuratorium dabei dem Aufsichtsrat und das Komitee dem Vorstand entspricht. Die Zuständigkeit des Generalsekretärs und seiner Mitarbeiter umfasst den Bereich der täglichen Arbeiten.

Der Termin für die nächste Kuratoriumssitzung konnte bei dieser Tagung noch nicht festgelegt werden, wurde jedoch für Februar 2001 ins Auge gefasst, da bis zu diesem Zeitpunkt ein abschließendes Gesamtbild über die Klagsrückziehungen und die Verhandlungen mit den Partnerorganisationen vorliegen könnte. Der Beginn der Auszahlungen wäre, bei Vorliegen der genannten Voraussetzungen, innerhalb weniger Tage möglich.

Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer wird in seiner nächsten Ausgabe des „Sozialdemokratischen Kämpfers“ bzw. auf seiner Homepage unter der Adresse www.freiheitskaempfer.at über die weiteren Entwicklungen berichten.

Edith Krisch

Slowakische Ausgabe von Hitlers „Mein Kampf“

Hitlers „Mein Kampf“ kam erstmalig in slowakischer Übersetzung heraus und zeitlich so, dass er auf dem Weihnachtsbuchmarkt präsent war. Die Herausgeberin behauptet, dass sie mit dieser „Bibel des Nazismus“ nicht den Faschismus propagieren wolle. Obwohl das umstrittene Werk mit einem entsprechenden Kommentar versehen ist, haben viele Buchhändler der Slowakei es im Voraus abgelehnt, das Buch zum Verkauf zu übernehmen. Die Juristen sind sich darin uneinig, ob die Herausgeberin nicht schließlich doch noch vor Gericht landet.

Die slowakische Presse hat es nicht verabsäumt, in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, dass die Herausgabe der überhaupt ersten, nicht kommentierten und vollständigen Übersetzung von Hitlers Buch ins Tschechische einen großen Skandal hervorgerufen hat. Der Herausgeber M. Zitek erhielt eine bedingte Strafe von drei Jahren sowie eine Geldstrafe von zwei Millionen Kronen.

(Aus „Ceskoslovenska Viden Dnes“/Nr. 1, Januar 2001, unter „Nachrichten aus Bratislava“)

Berichtigung: Das Foto, das in der letzten Ausgabe auf Seite 7 erschienen ist, zeigte Alfred Ströer im Gespräch mit Henry Leichter (nicht, wie irrtümlich vermerkt, mit dessen Vater Otto Leichter). Wir bitten um Entschuldigung.



Mauthausen-Vermächtnis

Die Österreichische Lagergemeinschaft Mauthausen hat im Dezember 2000 offiziell die Sorge um das Andenken an die KZ-Gräuel und das Eintreten für mehr Gerechtigkeit und Toleranz an den Verein „Mauthausen Aktiv Österreich“ als ihren Nachfolger übergeben. In einem feierlichen Akt im Parlament übergab Hans Marsalek, der langjährige Obmann der Lagergemeinschaft, dem Vorsitzenden von „Mauthausen Aktiv“, Willy Mernyi, das Vermächtnis der 1945 befreiten KZ-Häftlinge. Das bei der Feierstunde ver-

lesene Vermächtnis der Lagergemeinschaft endete mit dem Satz: „So lange es für uns möglich ist, werden wir dafür kämpfen, dass das, was uns passiert ist, niemals wieder einem Menschen geschehen wird.“ Dieses Vermächtnis wird nun „Mauthausen Aktiv“ unter dem Motto „Niemand vergessen. Niemand wieder“ weiter erfüllen. Die Gedenkstätte des ehemaligen KZ soll zum Mittelpunkt der österreichischen Prävention gegen Wiederbetätigung werden. Besonderer Wert wird auf die Erhaltung der Baulichkeiten des Lagers gelegt, vor

allem der als einzige erhalten gebliebenen Gaskammer.

Nach der Begrüßung durch den Nationalratspräsidenten Heinz Fischer sprachen der Linzer Diözesanbischof Maximilian Aichern, der Präsident der Israelitischen Kultus-

gemeinde Ariel Muzicant und ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch. Der Verein „Mauthausen Aktiv“ ist ja 1997 gemeinsam von der Bischofskonferenz, der Kultusgemeinde und dem Gewerkschaftsbund gegründet worden. „Was uns in Österreich wirklich noch fehlt, ist ein nationaler Dialog, der breite Massen der Bevölkerung erreicht; ein Dialog, der nicht nach Entschuldigungen sucht“, sagte Muzicant.

Hans Marsalek dankte in bewegten Worten für die Bereitschaft, das Vermächtnis der Lagergemeinschaft fortzusetzen, Willy Mernyi umriss das Programm der künftigen Tätigkeit. Unter anderem ist eine Bestandsaufnahme der Baulichkeiten im Lager Mauthausen und seinen Nebenlagern unter Beiziehung ehemaliger Häftlinge vorgesehen. Großveranstaltungen im Steinbruch – darüber hatte es im Vorjahr Diskussionen gegeben – sollen nicht mehr durchgeführt werden. Innenminister Strasser kündigte an, dass das Budget für die Erhaltung der Gedenkstätte 2001 von 10 auf 40 Millionen aufgestockt werde.



Hans Marsalek (rechts) bei der Übergabe an Willy Mernyi

Hitlers Bürokraten



Die Himmlers, Heydrichs und Eichmanns konnten ihren Massenmord nicht allein durchführen, sie bedurften dazu zahlreicher Helfer. Und auch die SS-Schergen in den Vernichtungslagern als Ausführender der unmittelbaren Vernichtung hätten nicht genügt, wenn es nicht die Zwischeninstanz der Bürokraten, die „Eichmann-Männer“, gegeben hätte. Yaacov Lozowick, Leiter der Forschungsstätte Yad Vashem in Jerusalem, hat seine Untersuchungen, die nun in dem Buch „Hitlers Bürokraten“ (Pendo-Verlag, Zürich – Berlin) vorliegen, auf diese Organisatoren der Vernichtungsmaschinerie konzentriert. Er zeigt darin anhand zahlreicher Dokumente und Zeugenaussagen – so insbesondere auch durch die erstmalige Aufarbeitung der Dokumente des Eichmann-Prozesses –, dass diese Männer keine blinden Befehlsempfänger waren, sondern sehr genau wussten, was sie taten – mit dem ideologischen Hintergrund, dass sie überzeugte Antisemiten waren.

Gedenken zum 85. Geburtstag Josef Hindels



Gedenken am Urnengrab Hindels

Prof. Josef Hindels, der langjährige stellvertretende Bundesvorsitzende der Freiheitskämpfer, wäre am 19. Jänner d. J. 85 Jahre alt geworden. Hindels ist am 10. Februar 1990, also vor elf Jahren, verstorben. Eine Delegation des Präsidiums der Wiener Freiheitskämpfer legte auf seinem Grab im Urnengrab des Zentralfriedhofes einen Kranz nieder. Hindels war mehreren Generationen junger Sozialisten ein politischer Lehrer und antifaschistischer Erzieher. – Er war auch ein scharfer Kritiker der SPÖ-Politik, wenn sie sich allzu sehr von ihren programmatischen Grund-

sätzen entfernte. Vor allem war er ein leidenschaftlicher Gegner der so genannten Freiheitlichen Partei, die er von allem Anfang an, selbst als Haider noch nicht an ihrer Spitze stand, als Rechtspartei mit so manchen Sympathien für das ehemalige NS-Regime charakterisierte. Die Bibliografie von Prof. Hindels weist auf Hunderte Beiträge in Zeitschriften und Tageszeitungen hin, sowie auf unzählige Aufklärungsbroschüren und auch auf einige Bücher, die sich vor allem mit grundsätzlichen Fragen von Kapitalismus und Sozialismus sowie mit dem Kampf gegen Neofaschismus, Antisemitismus und

Rassismus befassen. Sein Lebenswerk wird am besten mit den Worten, die auf seiner Grabplatte stehen, zusammengefasst: „Denker des Sozialismus – Kämpfer gegen Faschismus und Krieg“. Josef Hindels zu gedenken heißt, seine politischen Ideen unter veränderten Bedingungen weiterzuentwickeln. Dem widmet sich das jährlich stattfindende „Josef-Hindels-Symposium“, das heuer zum 9. Mal, am 9. und 10. Februar, im Karl-Czernetz-Bildungszentrum stattfindet. Es wird sich mit dem Thema „Ein Jahr sozialdemokratische Opposition gegen Schwarz-Blau“ und mit Fragen der Osterweiterung befassen. ■



Anzeigen wegen NS-Wiederbetätigung gegen Haider, Böhmdorfer, Kabas

Die IG Autorinnen und Autoren und ein prominent besetztes Personenkomitee brachten im Dezember 2000 zwei Strafanzeigen wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung ein. Die eine richtet sich gegen den Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider und Justizminister Dieter Böhmdorfer, die andere gegen Haider, Verteidigungsminister Herbert Scheibner und den Wiener FPÖ-Obmann Hilmar Kabas. Die Sachverhaltsdarstellungen stützen sich auf die Dokumentation im Buch „Haider, Schatten über Europa“ von Hans-Henning Scharsach und Kurt Kuch (Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2000). In der ersten Klage wird Haider und Böhmdorfer die Verharmlosung von NS-Verbrechen vorgeworfen; in der zweiten werden die Angezeigten bezichtigt, den Wahlkampf 1999 mit Parolen und

politischen Inhalten geführt zu haben, die Höchstgerichte rechtskräftig als „neonazistisch“ eingestuft haben.

So vertritt der vom Wiener Rechtsanwalt Gabriel Lansky formulierte Schriftsatz die Ansicht, dass Haider und der diesen verteidigende Böhmdorfer mit Einschätzungen der Waffen-SS, die auch vom österreichischen Verwaltungsgerichtshof als „vornehmlich verbrecherische Organisation“ eingestuft wurde, gegen das Verbotsgesetz verstoßen hätten. Haider, indem er einer verbrecherischen NS-Organisation „Ehre und Anerkennung“ gezollt, und Böhmdorfer, weil er in seiner Verteidigung die Waffen-SS als „vornehmlich kriegerische Organisation“ beurteilt hat Haider, Scheibner und Kabas wird vorgeworfen, dass sie den Wahlkampf 1999 mit dem gleichen Vokabular geführt hätten, das die

1988 verbotene NDP verwendet hat, also mit dem „Kampf gegen Überfremdung“ etc. Der Verfassungsgerichtshof hat in seinem damaligen Verbotsurteil solche Programminhalte verurteilt.

Weiters sei u. a. zu prüfen, ob der von der FPÖ praktizierte Slogan „300.000 Arbeitslose – 300.000 Ausländer“ nicht dem seinerzeit, 1932, von der NSDAP verwendeten Slogan, den Anteil von Juden in der Bevölkerung gegen die Zahl der Arbeitslosen aufzurechnen, gleichkomme und somit den Tatbestand der NS-Wiederbetätigung“ erfülle.

Dem Prominentenkomitee, das die Anzeige unterstützt, gehören neben namhaften Wissenschaftlern und Künstlern u. a. auch Repräsentanten der Lagergemeinschaften Auschwitz, Mauthausen, Ravensbrück und des KZ-Verbandes an. ■

Lexikon der Exilliteratur

Vor kurzem erschien ein wichtiges Werk zur österreichischen Literatur-, aber auch Widerstandsgeschichte: das „Lexikon der österreichischen Exilliteratur“, erschienen im Franz-Deuticke-Verlag, Wien, herausgegeben von Siglinde Bolbecher und Konstantin Kaiser. Bei der Präsentation des Werks sagte der Leiter des DÖW, Dr. Wolfgang Neugebauer, unter anderem: „Im Gesamten betrachtet, haben die Verfasser so etwas wie ein literarisches, anderes Österreich‘ erstehen lassen – es gab bekanntlich auch ein nazistisches oder zumindest ‚Anschluss‘-begeistertes Lager. Mir scheint es wichtiger denn je, dass diese humanen, demokratischen und antifaschistischen Traditionen der österreichischen Kultur erforscht, dokumentiert und dargestellt werden. In der jetzt geführten, leider ziemlich oberflächlichen Opfer-Täter-Diskussion, die durch Eindimensionalität und Extrempositionen gekennzeichnet ist, besteht die Gefahr, dass seitens kritischer Publizisten und Politiker die in Widerstand und Exil sich manifestierenden Kräfte, die der Barbarei auch ihr kulturelles Schaffen entgegengesetzten, an den Rand gedrängt und bagatellisiert werden. So sehr es notwendig ist, die Involvierung der Österreicher in den Nationalsozialismus und dessen Verbrechen in aller Deutlichkeit und mit allen Konsequenzen aufzuzeigen, so wenig darf diese Aufarbeitung zu Lasten der im Widerstand und im Exil Tätigen gehen.“



Im Exil den Freitod gewählt: Stefan Zweig

Haider enthüllt Absprache mit Schüssel

Das ÖVP-Obmann Wolfgang Schüssel aufgrund einer Absprache mit Jörg Haider in seinen Koalitionsverhandlungen mit der SPÖ doppelbödig agieren konnte, wurde vom Kärntner Landeshauptmann kürzlich in einem Interview mit der „Kleinen Zeitung“ zugegeben. Bereits drei Wochen nach der Nationalratswahl, am 28. Oktober 1999, sagte Haider dem VP-Chef in einem Vieraugengespräch im Parlament für den Fall einer schwarz-blauen Koalition das Amt des Bundeskanzlers und sein eigenes Fernbleiben von einer solchen Regierung zu. „Wann Haider den VP-Chef mit dem Kanzlerköder lockte, wussten bis dato nicht einmal Schüssels engste Vertraute“, schreibt das steiri-

sche Blatt. „Das damalige Treffen der beiden Parteichefs war zwar offiziell, über den Inhalt wurde jedoch striktes Stillschweigen vereinbart. Das Spiel hieß ‚Bluffen und Tarnen‘. So sagte Haider in einem TV-Interview wenige Tage nach dem Treffen, es sei für die FPÖ „unvorstellbar“, Schüssel zum Kanzler zu machen.

Der Lockruf verfehlte auf den machthungrigen Schüssel, der kurz zuvor noch angekündigt hatte, seine bei der Wahl drittplatzierte Partei werde nicht in die Regierung gehen, offenbar nicht seine Wirkung, obwohl er das nicht sofort zeigen wollte. „Ich habe gemerkt, dass meine Worte bei ihm etwas ausgelöst hatten“, behauptet Haider in seinen Enthüllungen. Aller-

dings habe es in der Folge keiner Doppelverhandlungen bedurft, dies sei eine Legende. Schüssel habe vorerst versucht, die Koalition mit der SPÖ fortzusetzen, aber gleichzeitig mit seinen hochgeschraubten Forderungen, die ja einer Demütigung der stärksten Partei gleichkamen – die Rückenbedeckung durch das Gespräch mit Haider erlaubte ihm dies – ein Pokerspiel betrieben. „Er schöpfte alles aus und sah zu, dass die Rolle des Torpedos, der alles hochgehen lässt, anderen zufällt“, charakterisiert Haider die Verhandlungstaktik Schüssels. Haiders Resümee: „Wir haben also alles mit fernöstlicher Gelassenheit vorbereiten können.“ ■

Robert Stolz half Verfolgten des Naziregimes

Bei einem großen Robert-Stolz Konzert im Haus der Begegnung Wien 15, an dem Altbürgermeister Dr. Helmut Zilk und die Witwe des großen Komponisten und Dirigenten, Einzi Stolz, als Ehrengäste teilnahmen, würdigte Gerhard Menhard den bedeutenden Musiker mit einer Rede, aus der wir folgende Absätze wiedergeben:

„Viele kennen Robert Stolz als Meister des Einfalls, als hervorragenden Komponisten und als exzellenten Dirigenten, aber wenige wissen, dass Robert Stolz in den dunklen Tagen des Dritten Reiches vielen Menschen das Leben gerettet hat. Er, der seiner Herkunft nach keine Probleme mit den unmenschlichen Rassengesetzen der Nazis und als Künstler keine Schwierigkeiten hatte, schaffte viele seiner Freunde und Kollegen, die von den Nazis verfolgt wurden, mit seinem Auto und entsprechenden Pässen in das rettende Ausland. Er nahm dabei auf sich keine Rücksicht und erlebte oft bange Stunden der Angst. Viele dieser Menschen verdanken Robert Stolz ihr Überleben.“

Robert Stolz wollte in dieser Atmosphäre des Terrors und der Verfolgung nunmehr nicht weiter im Musikleben des damaligen Nazi-Deutschlands kreativ sein. Viele seiner jüdischen Freunde mussten Wien verlassen, und so entschloss sich auch Robert Stolz dazu, dem von den Nazis dominierten Wien den Rücken zu kehren. Er packte seine Koffer und übersiedelte nach Paris.

Paris war zu diesem Zeitpunkt mehr denn je Anziehungspunkt



Robert Stolz und seine langjährige Gefährtin „Einzi“

vieler Künstler. Die Musik von Robert Stolz, die er für Operetten und Filme komponiert hatte, war ihm nach Paris schon vorausgeeilt. Im Sturm erobert Stolz das verwöhnte Pariser Publikum. Doch leider dauerte diese fröhliche Zeit nicht mehr allzu lange. Der von Hitler provozierte Zweite Weltkrieg war ausgebrochen und Stolz wurde für die französischen Behörden, obwohl Antinazi, über Nacht zum feindlichen Ausländer. In dieser von Panik und Angst erfüllten Zeit lernte Stolz seine zukünftige Gattin, Yvonne Louise Ulrich, kennen. Sie wurde von allen Freunden nur „Einzi“ genannt, denn sie war die „Einzig“ für viele, die Hilfe und Rat in der Not suchten. Sie war der gute Schutzengel der politischen und jüdischen Emigranten von Paris. Einzi half auch Robert Stolz und befreite ihn aus dem schrecklichen Lager in Colombes, einem riesigen Stadion, wo Stolz interniert war. Sie pflegte ihn während einer schweren Lungenentzündung, die sich Stolz im Lager zugezo-

gen hatte und verschaffte ihm auch eine Schiffspassage, damit er mit dem Passagierschiff „Washington“ nach New York reisen konnte.

Am 1. April 1940 betrat Robert Stolz amerikanischen Boden und am gleichen Tag kam auch Einzi nach New York. Seit diesen Tagen waren Robert und Einzi nie mehr getrennt. Für den 60-jährigen Stolz hieß es in der Neuen Welt wieder neu zu beginnen. Sechs Jahre lebte Stolz als Botschafter der österreichischen Musik in Amerika. Nach der Hochzeit mit Einzi im Jahr 1946 hatte Stolz nur noch einen Wunsch: zurück nach Österreich, zurück nach Wien. Als das Ehepaar Stolz im Jahr 1946 mit den Visa 1 und 2 nach Wien abreiste, fragten die Journalisten am Flugplatz: „Was suchen Sie in diesem verwüsteten, zerstörten und hungernden Wien?“ Robert Stolz antwortete: „Ich möchte die Minoritenkirche wieder im Schnee sehen, und das ist Grund genug, alle Opfer auf mich zu nehmen.“

Die Rückkehr in die alte Heimat bedeutete für den 66-jährigen wieder ein neues Beginnen. Nach Berlin, Paris, New York, war Wien wieder die Hauptstätte seines Wirkens – und Wien nahm seinen heimgekehrten Sohn mit offenen Armen auf. 1947 wurde Robert Stolz von Bürgermeister Theodor Körner mit der Auszeichnung „Bürger der Stadt Wien“ geehrt. Eine Gasse in Graz bekam den Namen Robert-Stolz-Gasse und in Wien wurde nach seinem Tod ein Platz in der Inneren Stadt als Robert-Stolz-Platz gewidmet.

Sammlung Mistingers nun im VGA



Der Verein für die Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA) in Wien übernahm vor kurz-

zem die politische Bibliothek von Leo Mistingher als Schenkung. Der Bestand umfasst ca. 40 Laufmeter und ist derzeit in 30 Kartons gelagert. Mistingher hat die Bibliothek im Laufe seines Lebens in materiell aufopfernder Weise zusammengetragen. Sie enthält insbesondere Literatur zur Bildungsarbeit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, u. a. viel Material über die Reformen des Stadtschulratspräsidenten in der Ersten Republik, Otto Glöckel, aber auch Belletristik aus der Feder international bekannter Arbeiterschriftsteller. Weiter umfasst die Bibliothek einen außergewöhnlichen Bestand an so genannter „Grauer Literatur“, also Broschüren und Flugschriften aus der Zwischenkriegs- und der frühen Nachkriegszeit. In ihnen wird insbesondere die weltanschauliche Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten widerspiegelt. Wie Dr. Harald Troch vom VGA betonte, stellt die Schenkung Mistingers den bedeutendsten bibliothekarischen Zugang der letzten Jahre dar. Der Bestand wird nun gesichtet und katalogisiert. „Unser Ziel ist, das bibliophile Lebenswerk des Wiener Originals und Zeitzeugen eines bewegten Jahrhunderts öffentlich zugänglich zu machen“, sagte Troch.

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Herbert Exenberger, Heimo Gruber, Karl Gruber, Edith Krisch, Ernst Nedwed, Alfred Ströer, Hans Waschek und Manfred Scheuch (redaktionelle Leitung).

Redaktionsschluss:

20. Jänner 2001.



Politik des Soziala

Unsere Bundeshauptversammlung



Foto: Haslinger

Gratulation zum 80er: Alfred Ströer, Ernst Nedwed

Die statutengemäß einberufene Bundeshauptversammlung, die am 25. November 2000 im Festsaal der NÖ-Arbeiterkammer abgehalten wurde, stand im Zeichen der Auseinandersetzung mit der Belastungspolitik der schwarz-blauen Bundesregierung sowie mit den Themen, die speziell die Opferverbände betreffen: Opferfürsorge, Zwangsarbeiterentschädigung, Restitution und die Weiterentwicklung der Opferverbände.

Die Konferenz wurde mit einer Ehrung des Bundesvorsitzenden, Abg. z. NR a. D. Prof. Alfred Ströer, zu seinem 80. Geburtstag eingeleitet. Ein Dokumentarfilm, im Auftrag der Wiener Freiheitskämpfer und der Wiener Bildung von Dr. Martin Luksan zusammengestellt, gab einen Überblick über das vielseitige Wirken von Alfred Ströer. Nach einer Gratulation namens aller Landesver-

bände durch den stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Abg. z. NR a. D. Ing. Ernst Nedwed, präsentierte der zeitgenössische Komponist Josef Stolz am Flügel seine, für den Geburtstag Alfred Ströers arrangierten, „Impressionen“, worüber sich der profunde Musikkenner Alfred Ströer sehr freute.

Als Gäste nahmen an der Bundeshauptversammlung teil: BM a. D. Abg. z. NR Dr. Caspar Einem, Abg. z. NR Prim. Dr. Elisabeth Pittermann, Mag. Ute Pichler als Vertreterin der SPÖ-Frauen, der Vorsitzende des KZ-Verbandes Oskar Wiesflecker, die Bundessekretärin des KZ-Verbandes Friedl Krenn, der wissenschaftliche Leiter des DÖW, Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer, die Generalsekretärin des BSA Noemi Haselbach, der Vorsitzende der Tschechoslowakischen Sozialistischen Partei Österreichs Karl V. Matal, der Vertreter

der ACUS, Alois Reisenbichler, und der Vertreter des VSSTÖ, Jürgen Pfeffer, Alfred Ströer gedachte vor der Aufnahme der Tagesordnung der verstorbenen Mitglieder unseres Bundes. Stellvertretend für alle nannte er die Ravensbrückerin Alice Rusz und den Landesvorsitzenden und Widerstandskämpfer der Landesgruppe Steiermark-Graz, Ernst Korcowicz. Das Hauptreferat zum Thema „Sozialdemokraten in Opposition. Aktuelle Politik und Perspektiven“ hielt Genosse Caspar Einem. In der Diskussion nahmen folgende Genossinnen und Genossen zu den Ausführungen Stellung: Matthias Ribarek (Wien), Walter Lettner (Wien), Peter Lhotzky (Wien), Gilbert Wasserberger (Wien), Erna Musik (Wien), Julius Aufrichtig (Wien), Peter-Ulrich Lehner (Wien), Herbert Krämer (Wien), Otmar Weidinger (Oberösterreich), Theodor Mayer (Wien), Werner Burg (Niederösterreich), Jürgen Hirsch (Wien), Rudolf Sarközi (Wien), Otto Neuwerth (Wien), Rosa Heinz (Wien) und Sigrid Marinell (Tirol).

Im nachfolgenden Bericht des Bundesvorsitzenden wurde insbesondere auf die Aktivitäten des Bundesvorstandes in Zusammenhang mit der Zwangsarbeiterfrage und einer Reihe von internationalen Kontakten hingewiesen. Alfred Ströer hob die gute Zusammenarbeit mit den anderen Opferverbänden, die in der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und der Wider-

standskämpfer Österreichs zusammengeschlossen sind, hervor. Besonders lobte er die verdienstvolle Tätigkeit des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes – mit seinem Präsidenten, Vizebürgermeister a. D. Hubert Pfoch, sowie dem wissenschaftlichen Leiter Dr. Wolfgang Neugebauer –, das für alle im antifaschistischen Bereich Tätigen die wissenschaftlichen Dokumentationen und Forschungsergebnisse zur Verfügung stellt. Für die außerordentlich gute Zusammenarbeit und Hilfestellung bei Aktionen mit der Bildungsorganisation der SPÖ, dankte Alfred Ströer dem Wiener Bildungssekretär, Landtagsabgeordneten Dr. Michael Ludwig, der bei vielen Aktivitäten die Arbeit der Freiheitskämpfer unterstützt hat. Den Landesgruppen dankte der Bundesvorsitzende für ihre vielseitigen Aktivitäten im Laufe der vergangenen zwei Jahre. Ernst Nedwed ergänzte die Ausführungen mit einigen Überlegungen zur Rolle der Opferverbände in einer veränderten Zeit. Er hob hervor, dass durch die verdienstvolle Einführung der Internetpräsentation mit einer Homepage – durch unsere Bundessekretärin Edith Krisch – ein neuer Kontakt zu jungen Menschen hergestellt werden konnte, wodurch auch neue Mitkämpfer angesprochen wurden. Jedenfalls hat sich die 1998 beschlossene Statutenänderung,



bbaus verhindern!

warnt vor schwarz-blauen Plänen

mit der auch jüngere Mitglieder und unterstützende Mitglieder geworben werden können, positiv auf die Tätigkeit der Landesgruppen ausgewirkt.

Über die Opferfürsorge berichtete Bundessekretärin Edith Krisch, über die Finanzen LAbg. a. D. Herta Slabina und den Kontrollbericht erstattete Genosse Walter Faderny.

Der Vorsitzende des Wahlkomitees, Abg. z. NR Egon Meyer, präsentierte den Wahlvorschlag wie folgt:

Vorsitzender: STRÖER Prof. Alfred, stellvertretende Vorsitzende: GRÜBER Karl, INKRET Fritz, KAISER Maria, NEDWED Ing. Ernst, Finanzreferentin: SLABINA Reg.-Rat Herta, Stellv. der Finanzreferentin: BROSCHE Hans. Schriftführer: SCHWANTNER Hannes, Schriftführer-Stv.: LHOTZKY Peter. BeisitzerInnen: AUFRICHTIG Julius, BRUHA Antonia, BRÜNNLER Leopold, DANIMANN Dr. Franz, EXENBERGER Prof. Herbert, GELBARD Prof. Rudolf, HARING Heribert, HEINZL Anton, HOFMANN Ing. Fritz, KOHLBACHER Dipl.-Ing. Alfred, KRÄMER Herbert, LEHNER Ulrich Peter, LISZKA Bruno, LUDWIG Dr. Michael, OBERBICHLER Hilde, OUTOLNY Ernst, PAWLIK Hans, PILLWEIN Fritz, PÜHRINGER Ulrike, SARKÖZI Rudolf, SCHRANZ Prof. Dr. Edgar, SPIESS Gerti, STROBEL Heinz, WASCHEK Hans, WASSERBERGER Gilbert, WICHER Ing. Josef. Kontrolle: FADERNY Walter,

FRÜHAUF Ernst, GUTLEB Helga, GOLDMANN Eduard, JOBST Vinzenz.

Dem Bundesvorstand gehören ebenso die Ehrenvorsitzenden Leo Mistingner und Erna Musik sowie die Ehrenmitglieder Stefan Billes und Leo Lesjak auf Lebenszeit an. Als Bundessekretärin wurde wieder Edith Krisch vorgeschlagen.

Nach der einstimmigen Wahl dankte der Bundesvorsitzende den ausgeschiedenen Mitgliedern Kurt Datzberger, Otmar Weidinger und Konrad Wurm für ihre langjährige Tätigkeit. Der Berichterstatter der Antragsprüfungskommission, LAbg. Dr. Michael Ludwig, referierte eine Entschließung des Bundesvorstandes, in der es unter anderem heißt:

„Das bisherige Wirken der schwarz-blauen Regierung führt unter anderem zu schweren Belastungen der gesamten Bevölkerung. So führt die bisherige Politik der Regierung nicht nur zum Abbau sozialpolitischer Errungenschaften, sondern es wird auch versucht, wichtige Einrichtungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu

schwächen. Dazu gehören die Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger, die Forderung nach finanzieller Aushöhung der Kammer für Arbeiter und Angestellte und vor allem die Zerstörung der in den vergangenen Jahren bewährten Sozialpartnerschaft. Aus Sorge um die Entwicklung unserer demokratischen Republik appelliert der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten im Namen der Opfer faschistischer Regime an alle Demokraten, mitzuhelfen, um eine Politik zu verhindern, die unser Land schon einmal in eine Katastrophe geführt hat.“

Um das zu verhindern, ist es notwendig, die SPÖ mit allen Mitteln

zu unterstützen und zu stärken. Dafür werden die Überlebenden des Nazifaschismus und die jungen Antifaschisten in unserem Bund mit allen Kräften eintreten.“ Ludwig referierte weiter über einen Antrag (Mitgliedsbeitrag und finanzielle Förderung) und eine Resolution (zum Thema Rechtsextremismus) des Landesverbandes Niederösterreich und einen Antrag des Landesverbandes Wien über die europaweite Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Diskussionsredner zu den einzelnen Punkten waren Peter Weidner und Peter-Ulrich Lehner. Zum Abschluss der Konferenz wurde eine Reihe von Genossinnen und Genossen mit der Otto-Bauer-Plakette ausgezeichnet (siehe Bild).



Ehrung verdienter Mitglieder: F. Pesek, F. Poganitsch, U. Pühringer, C. Einem, K. Gruber, H. Slabina, E. Frühauf, J. Wicher (mit L. Mistingner, E. Nedwed links und A. Ströer)

Minister a. D. Caspar Einem bei der Bundesversammlung: Regierung will Solidarität zerstören



Caspar Einem bei seinem Referat

Bei der diesjährigen Bundeshauptversammlung des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten hielt Bundesminister a. D. Dr. Caspar Einem ein Referat zum Thema „Sozialdemokraten in Opposition: Aktuelle Politikperspektiven.“ Einem rechnete scharf mit der Politik der schwarz-blauen Regierung ab. Der Kern dieser Politik sei die Absicht, alle „Fesseln“ der Solidarität in der Gesellschaft zu lösen. Kein Wunder, denn

jetzt hätten Millionäre und Milliardäre das Sagen. Caspar Einem führte einige Beispiele an, die diese Einschätzung untermauern:

□ Das den Krankenkassen eröffnete Recht, bei hohen Abgängen Eigenbeiträge von den Patienten zu verlangen, soll den Zorn der Betroffenen auf die Kassen ablenken. „Man holt das Geld von den Kranken und nicht mehr von der Gemeinschaft.“

□ Das in der Pensionsversicherung angestrebte „Drei-Säulen-Modell“ (Grundpension, Eigenversicherung, Firmenpension) können sich nur Begüterte leisten. – „Sie haben das oft ohnedies schon.“ Geringverdienende sind dazu nicht in der Lage – aber sie werden weniger aus der Sozialversicherung erhalten.

□ Die Studiengebühren, in Wahrheit eine Studentensteuer, sind die Umkehrung des Weges, den Hertha Firnberg mit der Öffnung der Universitäten für alle gegangen ist. Für Studenten, die arbeiten müssen, um leben zu können, wird das Studium dadurch verlängert – wieder ein Schritt zur Entsolidarisierung.

Einem sprach in diesem Zusammenhang davon, dass Bundeskanzler Schüssel mit seinem Interview, in dem er die „Opferrolle“ Österreichs im Nazistaat hervorgehoben hatte, offensichtlich gezielt provozieren wollte. Wie bei den Sanktionen, soll die Empörung des Auslands darüber die Menschen zur Regierung stehen lassen und sie von deren entsolidarisierenden „Reformen“ ablenken.

Aber auch die Politik der Sozialdemokratie unterzog Einem einer kritischen Betrachtung. In den letzten Jahren habe sich der Fundus an Ideen und Konzepten durch die Regierungstätigkeit erschöpft, wie sich das auch zuletzt in der noch dazu äußerst kostspieligen Wahlkampf-führung 1999 geäußert hätte. So in die Opposition geraten, müsse die SPÖ konkrete Antwort darauf geben, was sie in der Regierungspolitik anders machen würde. Ein Kernpunkt dabei sei die Bildungspolitik. „Wenn lebenslanges Lernen Gebot der Zeit ist, so muss es als Angebot des Staates für alle da sein, auch für jene, die aufgrund ihrer Schulbildung die schlechteren Chancen haben.“ Die Möglichkeit für alle, die Kulturtechnik Internet zu lernen, sei staatlich zu sichernde Infrastruktur – genauso wie Straßen oder Schienen. Die Regierung ziehe Veränderungen sehr schnell durch. Sie informiere die Opposition nicht, stelle sie vor vollendete Tatsachen. „Die Zeiten, in denen man sagte, es wird nichts so heiß gegessen, wie's gekocht wird, sind vorbei.“ Die SPÖ müsse demgegenüber lernen, wieder zu den Menschen zu gehen und mit ihnen zu reden; sie müsse sie über die wahren Ziele von Schwarz-Blau von Mensch zu Mensch aufklären, müsse argumentieren und kämpfen. Dann bestehe Anlass zum Optimismus. „Wir dürfen nicht darauf warten, dass sich die Regierung ‚derstest‘. Sie wird abwirtschaften – aber wir müssen das beschleunigen.“

Foto: H. H. H.

Salzburg: Kein SS-Umzug

In den letzten Jahren gab es massive Proteste gegen den alljährlich veranstalteten Aufmarsch der SS-„Kameradschaft IV“ auf dem Salzburger Kommunalfriedhof. Heuer verzichteten die ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS auf ihren Umzug. Nur eine kleine Abteilung legte bereits gegen 8 Uhr früh einen Kranz mit der Schleife „Unsere Ehre heißt Treue – Den gefallenen Kameraden der Waffen-SS“ vor dem Kriegerdenkmal nieder. Der Obmann der Kameradschaft, Kurt Sextlinger, gab eine schriftliche Erklärung ab, in der es heißt, mit

dieser Vorgangsweise sollte „den wiederholten Störversuchen, durch welche die Friedhofsruhe missachtet wird, und dem Friedhofsfrevel, wie dem Missbrauch einer geweihten Stätte für Demonstrationen“ der Boden entzogen werden. Die rund hundert Leute – vor allem SJ-Mitglieder und Grüne –, die sich trotz polizeilichen Verbots am Vormittag zu einer Trauerkundgebung für ermordete Salzburger Juden, Sinti und Roma, Zwangsarbeiter, Euthanasieopfer, Kriegsdienstverweigerer und Widerstandskämpfer versammelt hatten, bewerteten das Aus-

bleiben der Konfrontation mit der „Kameradschaft IV“ als Erfolg. SPÖ-Landtagsabgeordneter David Brenner sagte: „Ein Aufmarsch von ehemaligen Mitgliedern einer verbrecherischen Organisation bleibt aber trotz allem keine Frage der Uhrzeit, sondern eine der politischen Moral.“ Der Träger des Fahnenbands „Meine Ehre heißt Treue“ beim Kärntner Landesfestzug wurde ausgeforscht. Der 73-jährige aus St. Veit gab an, er habe nicht gewusst, dass es sich um ein SS-Motto handle. Das ist wohl eine kaum glaubwürdige Aussage dieses Veteranen.

Ehrung für Rudi Gelbard

Es war kein Zufall, dass die Wiener Funktionäre und Mitarbeiter am 4. Dezember zu ihrer Abschlussveranstaltung zusammenkamen. An diesem Tag feierte einer der engagierten Mitkämpfer unseres Bundes, Prof. Rudolf Gelbard, seinen 70. Geburtstag. Ein weiterer Anlass war die Verleihung der Victor-Adler-Plakette, die für besondere Verdienste um die Sozialdemokratie den Mitarbeitern überreicht wird. Zu diesem feierlichen Treffen erschienen Parlamentspräsident Dr. Heinz Fischer und Klubobmann und Bezirksvorsitzender von Neubau, dem Heimatbezirk Rudi Gelbards, Dr. Peter Kostelka. Nach einer Laudatio des Wiener Vorsitzenden der Freiheitskämpfer, Ernst Nedwed, überreichte Peter Kostelka dem bewährten Mitkämpfer die Victor-Adler-Plakette.

Rudi Gelbard lernte schon als Kind den Terror der Nazis kennen. Durch die so genannten Rassengesetze wurde er von seiner Schule verbannt. Im November 1938 erlebte er die Reichskristallnacht und die verstärkte Verfolgung der Juden. Schließlich landete er als Kinderhäftling im KZ-Ghetto Theresienstadt. Im Jahre 1945 wurde er, damals 15 Jahre alt, befreit und musste zunächst seine Schulbildung nachholen. Sehr bald trat er der Sozialistischen Jugend bei und am 1. September 1947 wurde er Mitglied der SPÖ. Seit dieser Zeit ist Rudi Gelbard ununterbrochen in der Sozialdemokratie tätig. Schwerpunkt in den 40er und 50er Jahren war seine Auseinandersetzung mit den Kommunisten, dann nahm er den Kampf gegen die Neonazis auf. Hier war er ein engagierter

Schüler und Mitkämpfer von Josef Hindels. Der Bildungsbeflissene nahm an der SJ-Akademie und an der Parteischule teil, stellte Dokumentationen zusammen und war eine Zeit lang Redakteur beim „Kurier“. Seit einiger Zeit ist er Mitarbeiter in der Kulturkommission der Israelitischen Kultusgemeinde Wien. In den Schulen ist er für die jungen Menschen ein glaubwürdiger Zeitzeuge. Seit Anfang der 90er Jahre gehört er dem Wiener Vorstand und dem Bundesvorstand der Freiheitskämpfer an. Ein Höhepunkt seines Lebens war die Verleihung der Josef-Samuel-Bloch-Medaille im jüdischen Gemeindezentrum sowie der Otto-Bauer-Plakette bei der 50-Jahr-Feier der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer. Mit großer Genugtuung nahm Rudi Gelbard vor zwei Jahren im



Rudi Gelbard, geehrt mit der Victor-Adler-Plakette, mit Frau Inge

Bundeskanzleramt das Dekret zum Berufstitel Professor entgegen. Die Laudatio bei dieser Übergabe hielt Parlamentspräsident Heinz Fischer, der Rudi Gelbard als einen Kenner der Geschichte der Arbeiterbewegung, des Faschismus und Kommunismus charakterisierte, der unermüdlich in der Bildungsarbeit tätig sei. Der Bundesvorstand der Freiheitskämpfer und die Redaktion gratulieren Rudi Gelbard zu seinem Geburtstag und zur Verleihung der Victor-Adler-Plakette.

Foto: Haslinger

Wir gratulieren:

Zum 99. Geburtstag: Josef Kleinschuster, Kapfenberg; Karl Sellner, Wien.

98. Geburtstag: Josef Menzel, Innsbruck.

97. Geburtstag: Leo Mistingher, Berta Ottwald, Wien.

96. Geburtstag: Rupert Pötsch, Krieglach; Johann Ponath, Mannersdorf.

95. Geburtstag: Leopold Nezhyba, Franz Reitlinger, Helene Steiner, Wien.

94. Geburtstag: Fritz Mayer, Klagenfurt; Anton Grimminger, Zeltweg.

93. Geburtstag: Hilde Borik, Wien.

92. Geburtstag: Antonia Schauerl, Graz; Anton Schmidt, Wien.

91. Geburtstag: Frieda Buchacher, Linz; Maria Koch, Franziska Planer, Salzburg; Otto Binder, Paula Böhm, Paula Ihm, Johanna Koblizka, Olga Reisinger, Dr. Alois Reitbauer, Robert Rödl, Dr. August Weitzmann, alle Wien.

90. Geburtstag: Viktor Gombocz, Maria Hierzer, Anna Schön, Graz; Anna Masopust, Hennersdorf; Margarete Faifrzyk, Marie Gruber, Emma Romstorfer, Robert Schafranek, Wien.

85. Geburtstag: Anton Narrath, Graz; Josefine Draxler,

Hallein; Maria Rathswohl, Lieboch; Friedrich Panny, Mödling; Berta Fesl, Salzburg; Leopoldine Holzinger, Schwechat; Franziska Fohler, Erich Frankl, Maria Hladej, Ottokar Holubarz, Karl Müller, Katharine Schafranek, Franz Schröpfer, Wilhelm Slezak, Margarete Trost, Julianna Vetter, Elly Weber, alle Wien.

80. Geburtstag: Josef Hanbauer, Eisenstadt; Engelbert Spenier, Feldkirchen; Dr. Kurt Stättner, Hinterbrühl; Helene Jaritz, Kapfenberg; Gottfried Leitner, Kindberg; Maria Heuberger, Salzburg; Friedrich Knoll, Schwechat; Johann Schindele, St. Pölten; Anneliese Albrecht, Dr. Anna Artmann, Johann Bauer, Stefanie Dytrich, Maria Gräser, Anna Haumer, Hilde Heugl, KR Wilhelm Menczik, Henriette Saliger, Dr. Josef Staribacher, Henriette Wrba, alle Wien.

75. Geburtstag: Karl Pospischil, Golling/Erlauf; Emilie Judex, Korneuburg; Karoline Heller, Walter Prieschl, Rosina Schmitt, Linz; Franz Bachleitner, Mattighofen; Elfriede Lirsch, Schwarzbau; Katharina Sasso, Winzendorf; Elisabeth Elsensohn, Ernestine Janosch, Alfred Pittner, Inge Scheidl, Franz Schneider, Rudolf Wittmann, alle Wien.

Stellungnahmen zu „05“ war nicht das einzige Symbol

Konservativer Widerstand schweigt zu FP

Zum Beitrag „05 war nicht das einzige Symbol“ von Herbert Exenberger im Sonderheft 10 – 11 – 12/2000 erlaube ich mir als Besucher der Gedenkmesse in der Stephanskirche und der anschließenden Kundgebung vor dem Dom auch einige Anmerkungen zu machen.

Die Liturgie in der Kirche, die Predigt waren dem Gedächtnis aller Widerstandskämpfer und Opfer gewidmet, nicht so eindeutig war die folgende Veranstaltung im Freien.

Es war keine Auseinandersetzung bezüglich der freiheitlichen Regierungsbeteiligung spürbar, kein kritisches Gefühl zur „Bettgemeinschaft“ mit einer Partei, in welcher hohe Funktionäre das Wort Nazi und den Waffenspruch der SS positiv analysieren. Keine Unruhe, wie sie große Widerstandsgeister des österreichischen Konservatismus – Ernst Karl Winter, August Maria Knoll, Friedrich Heer – sicher ergriffen hätte. Im Gegenteil: Dr. Otto Habsburg verstieg sich zur Bemerkung, die Maßnahmen der EU-Länder seien eine Aktion der Regierungen gegen das österreichische Volk. In einem Punkt muss ich Dr. Habsburg Recht

geben: Es ist zu bedauern, dass die politischen Gräben während der schwersten Zeit des Landes so tief waren, dass es zu keiner Exilregierung gekommen ist. Ein solches gemeinsames Auftreten hätte viel erreichen können. Aber leider, der Geist der Lagerstraße von Dachau hat sich in die Emigration nicht durchgeschlagen. Der Bogen des Widerstandes war ein sehr weiter, von den Kommunisten, deren politische Ziele auch nicht demokratisch waren, bis zu den Monarchisten.

Die organisatorische Bemerkung eines Verantwortlichen der Kundgebung auf dem Stephansplatz hat einige Teilnehmer betroffen gemacht. Die nachbarliche Caritas-Veranstaltung wurde als Konkurrenz bezeichnet. Ich war anschließend im Caritas-Zelt und konnte wieder einmal erleben, wie viel Engagement für die Armen der Gesellschaft gerade auch von kirchlichen Hilfsorganisationen ausgeht.

Mit freundschaftlichen Grüßen

Hofrat Dr. Leopold Urban

Legitimisten im Exil

Ich finde die im Zusammenhang mit der Verleihung der „Goldenen Ehrennadel“ an Dr. Otto Habsburg-Lothringen gemachten Bemerkungen eher banal, billig und unseres Bundes eher unwürdig. Ich selbst, Jahrgang 22, bin von Dezember 1938 an Flüchtling in England gewesen und diente von Dezember 43 an in der britischen Armee als österreichischer Freiwilliger. (Nebenbei: Ich und viele meiner Kameraden trugen den offiziell nicht gestatteten Schulterstreifen „Austria“, und die feine englische Art sah darüber hinweg.) Aus einer politisch sehr bewussten und österreichisch eingestellten Familie stammend, habe ich die Handlungen der verschiedenen Organisationen in der Emigration genau verfolgt. Fazit: Am konsequentesten haben sich – schon seit 1936 – die Legitimisten für ein unabhängiges Österreich eingesetzt. Dass sie das auf ihre Weise taten, kann man ihnen doch nicht übel nehmen!

Gefolgt wurden sie von den Kommunisten, weit aus am besten organisiert, die zur Einbeit aller aufriefen, wenn auch mit Hintergedanken – dennoch, zur gegebenen Zeit das einzig Richtige. Sogar der nach Frankreich geflüchtete Starbemberg diente eine Zeit lang als Flieger bei den Franzosen. Musste da nicht gelten: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“? Karl Czernetz und Oskar Pollak – trotz der vielen Verdienste, die sie sich in anderen Zeiten um die Partei erworben hatten – waren damals, um es auf Englisch zu sagen, „less than helpful“. Sie haben ja Österreich erst 1943 wieder entdeckt. Dass Dr. Habsburg die Ehrung verdient hat, ist für mich unbestreitbar. Aller, die gekämpft und auf ihre Weise Widerstand gegen die Nazis geleistet haben, soll man gedenken. Wären es ihrer doch mehr gewesen!

Ing. S. H. Gruber

Abschied von Egon Breiner

Wie von Hubert Pfoch mitgeteilt wird, ist unser Genosse Egon Breiner am 10. Oktober 2000 in Los Angeles gestorben. Er war maßgeblicher Funktionär der SAJ in der Leopoldstadt und damals ein Kampfgefährte von Bruno Kreisky, Jenny Strasser und anderen. Nach 1934, in der Illegalität, war er Leitungsmitglied bei der Revolutionären Sozialistischen Jugend. 1937 wurde er verhaftet. 1938 emigrierte er in die Schweiz. 1941 gelangte er (zusammen mit Helene Bauer) über Stockholm und die UdSSR in die USA. Dort war er Mitglied des Kreises sozialistischer Emigranten um Karl Heinz und Berthold König. So mancher, der von den Nazis aus dem Land vertrieben worden war – unter ihnen auch Bert Brecht –, fand bei der Familie Breiner stets freundschaftliche Aufnahme. Breiner hatte in Kalifornien eine ebenfalls emigrierte Ärztin geheiratet und war bis zu seiner Pensionierung bei der Southern Pacific Railway beschäftigt.

„Niemals vergessen!“

Unter dem Titel „Niemals vergessen“ hat die Bezirksgruppe Liesing unseres Bundes Lieder und Texte aus dem antifaschistischen Widerstand 1934–1945 für eine CD zusammengestellt. Diese Initiative – unterstützt u. a. von Dr. Gerald Netzl – wurde im Herbst 2000 ergiffen, um auf die innenpolitische Lage durch die jetzige schwarz-blaue bürgerliche Regierung aufmerksam zu machen. Als Liedbeispiele auf der Platte seien unter anderem genannt: „Die Moorsoldaten“, „Mein Vater wird gesucht“, das Buchenwald-Lied, das Dachau-Lied, „An meine Brüder in den Konzentrationslagern“ (von Käthe Leichter), „Vorwärts, internationale Brigade“, „Die Internationale“.

Der Austromarxist Otto Leichter

Der Soziologe Christian Fleck und der Sozialhistoriker Heinrich Berger setzen sich in dieser biographischen Studie mit dem Austromarxisten Otto Leichter (1897–1973) auseinander. Dieser spielte vor allem als Redakteur der Arbeiter-Zeitung bis 1934, danach als Aktivist der illegalen Revolutionären Sozialisten, als engagierter Exilsozialist in Frankreich und in den USA und nach dem Krieg als prominentes Mitglied der Parteilinken in der SPÖ eine gewichtige Rolle. Nach der Rückkehr in die USA (1948) arbeitete er als Journalist; das publizistische Schaffen und die Pressearbeit bildeten in allen seinen Lebensphasen den Schwerpunkt seiner beruflichen und politischen Tätigkeit. Den beiden Autoren war es weniger ein Anliegen, möglichst lückenlos Leben und Werk von Otto Leichter zu dokumentieren, sondern exemplarisch den Auswirkungen der gewaltsamen politischen und persönlichen Brüche auf sein Wesen nachzuspüren. Der zentrale bestimmende Faktor war dabei die Lebensform des Exils, die ihn seiner politischen Wirkungsmöglichkeiten beraubte. Dazu kam das schwere persönliche Trauma des Verlustes seiner von den Nazis ermordeten Frau Käthe Leichter. Als sich Otto Leichter noch Hoffnung machte, seine Frau eines Tages lebend wieder zu treffen, führte er ein Tagebuch in Form von imaginären Briefen an Käthe. Dieses erschütternde Dokument tauchte in einem Moskauer Sonderarchiv auf und konnte von den Autoren erstmals verwendet und in diesem Buch teilweise veröffentlicht werden. Als aufopferungsvoll für seine Söhne sorgender Vater war Otto Leichter bestrebt, diesen ein Aufwachsen in einem Exilanten-



Otto Leichter

ghetto zu ersparen. Die offene Gesellschaft der USA, von der sich Leichter bereits in Europa angezogen gefühlt hatte – und hier besonders die kosmopolitische Atmosphäre New Yorks – erleichterte die Integration. In der ebenfalls aus Österreich vertriebenen Elsa Kolari fand Leichter auch eine neue Lebenspartnerin. Dennoch zog es Otto Leichter nach Kriegsende zurück nach Österreich. Dieser Abschnitt zählt zu den spannendsten und interessantesten des Buches. Die Rückkehr verzögerte sich bis 1947. Einerseits erschwerten die Alliierten zu jener Zeit die Reisemöglichkeiten, auf der anderen Seite hatte es kaum jemand in Österreich – und leider auch nicht innerhalb der SPÖ – eilig, Vertriebene zurückzurufen. Und so gewann Otto Leichter bereits in den USA ein klares Bild von den Verhältnissen in Österreich, das ihn ein weiteres Mal tief kränkte. Im Wissen um diese Stimmung (dokumentiert in einem ausführlichen Brief an Rosa Jochmann) und obwohl er beruflich und privat in den USA bereits Fuß gefasst hatte, fuhr er 1947 zurück, um in der Gewerkschaftspresse zu arbeiten und die Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ wieder erscheinen zu lassen. Fleck und Berger werten diesen

Schritt als Erfüllung des Vermächtnisses Käthe Leichters, zurückzukehren an den Ort des gemeinsamen politischen Engagements. Die Erfahrung dabei war so ernüchternd, dass Otto Leichter nach nur einem Jahr Aufenthalt 1948 endgültig nach Amerika übersiedelte. Leichter war mitten in die Fronten des Kalten Krieges innerhalb der SPÖ geraten. Er unterstützte jene Teile der Linksoption in der SPÖ um Erwin Scharf, Karl Mark und Hilde Krones, die an Otto Bauers Konzept des Integralen Sozialismus festhielten. Es gehörte zu den großen Widersprüchen Leichters, seine persönliche Liebe zu Amerika mit einer ideologischen Haltung zu verbinden, die – bei gleichzeitiger strikter Abgrenzung von den Kommunisten – der Sowjetunion eine weltpolitisch progressive Rolle zuschrieb, von der auch die sozialistischen Bewegungen des Westens gestärkt werden könnten. Die Unterjochung der osteuropäischen Länder entzog jener Perspektive jegliche realistische Basis und gab dem Parteivorstand – begünstigt durch den Disziplinbruch Erwin Scharfs – die Gelegenheit, die Linksoption zu isolieren, deren Aktivisten als „Unterwanderer“ und „Agenten der KP und der Sowjetunion“ denunziert wurden. Gegenüber dem Parteivorsitzenden Schärf bemerkte Leichter in einem Abschiedsschreiben, er könne überall als Außenseiter leben, nur nicht in der Sozialdemokratie.

In den USA setzte Leichter sein journalistisches Engagement fort, vor allem als Korrespondent der Deutschen Presseagentur bei den Vereinten Nationen.

Otto Leichter zählte zu den Menschen, deren hohe moralische und politische Ansprüche sie zur

Das war Matthias Pista

Der Tagesreport der Gestapo Wien vom 20./21. Jänner 1941 berichtet über die Verhaftung des in Floridsdorf wohnhaften Matthias Johann Ernst Pista, Amtsleiter des Wohlfahrtsamtes Wien-GroßEnzersdorf, wegen Verdachtes der kommunistischen Betätigung. Der 1894 geborene Matthias Ernst Pista gehörte von 1920 bis 1934 der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei an. Er war Vorstandsmitglied des Verbandes der Angestellten der Stadt Wien und Sekretär des Floridsdorfer Bezirksvorstehers Franz Bretschneider. Bis 1938 gehörte er der illegalen Gewerkschaftsbewegung an und schloss sich nach dem „Anschluss“ der illegalen KPÖ an. Unter dem Namen „Weber“ war er in einer Widerstandsgruppe tätig. Pista wurde im November 1942 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 13. April 1943 im Landesgericht Wien enthauptet. 1960 wurde auf Gemeinderatsbeschluss im 21. Bezirk eine Verkehrsfläche Matthias- Ernst-Pista-Gasse benannt.

Sozialdemokratie führten, in der auch ihre Intellektualität ein weites Betätigungsfeld fand. Nachdem der Faschismus die Bewegung und einen Teil ihrer Träger vernichtet hatte, wurde nach 1945 anderswo fortgesetzt. Menschen wie Otto Leichter waren hierzulande nicht mehr gefragt ...

Heimo Gruber

Christian FLECK/Heinrich BERGER:
Gefesselt vom Sozialismus.
Der Austromarxist Otto Leichter (1897–1973)
Campus Verlag, Frankfurt u. a.



Dachau – Flossenbürg – Theresienstadt – Lidice

Zur Erinnerung an die vor 55 Jahren stattgefundene Befreiung der Konzentrationslager veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs im Dezember des vergangenen Jahres eine Fahrt zu den Gedenkstätten Dachau, Flossenbürg, Theresienstadt und Lidice. Unter der Reiseleitung von Hannes Schwantner besuchten die Zeugen und Opfer der NS-Gräueltaten jene Stätten, die für sie in unauslöschlicher Erinnerung geblieben sind.

Dachau war das erste Ziel der Gedenkfahrt, wo die Besucher von Dr. h.c. Barbara Distel begrüßt wurden. 1933 wurde in Dachau das erste Konzentrationslager errichtet. Der Auftrag Himmlers zur Errichtung dieses Konzentrationslagers sollte der Auftakt zu einem staatlichen Terrorssystem nie gekannten Ausmaßes sein. Der im Juni 1933 zum Kommandanten des Konzentrationslagers ernannte Theodor Eicke machte das KZ Dachau zum Modell für alle in weiterer Folge errichteten Lager und zur Morderschule der SS. Er war der geistige Vater des Organisationsschemas

des im Konzentrationslager herrschenden Reglements und der Einteilung der KZ-Gelände in die von Sicherungsanlagen und Wachtürmen umgebenen Häftlingslager und die benachbarten Kommandaturbereiche mit Verwaltungsgebäuden und Kasernen für die SS. Eicke wurde später zum Inspekteur für alle Konzentrationslager ernannt.

Im sieben Jahre vor Auschwitz errichteten KZ Dachau wurde das erste Vorhaben Hitlers, die Vernichtung aller Gegner und jedes Gedankens, der nicht dem Führerprinzip folgte, realisiert. Später folgte die Umsetzung des zweiten nationalsozialistischen Ziels, die beispiellose Ermordung der als „minderwertig“ deklarierten Menschengruppen. Insgesamt wurden über 200.000 Häftlinge aus mehr als 30 Staaten in diesem KZ inhaftiert. Ernst Kuntzsch erinnerte bei der Gedenktafel im Ortszentrum von Dachau an die Opfer des Naziregimes.

Der nächste Besuch galt der Gedenkstätte Flossenbürg. Auf dem Gelände des ehemaligen KZ wurden die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft vom Leiter der Gedenkstätte, Jörg Skriebeleit,

dem Abgeordneten zum bayrischen Landtag Fritz Möstl, von GR a. D. Albert Schwägerl, dem SPD-Vorsitzenden von Flossenbürg, Peter Gruber, sowie den Gemeinderäten Hans Klik und Ernst Gruber, der stellvertretenden Kreisvorsitzenden der SPD und ASF, Annette Karl, und weiteren Mitgliedern der SPD Flossenbürg sehr herzlich begrüßt. Anfang Mai 1938 wurde das Konzentrationslager Flossenbürg für sog. „kriminelle“ und „asoziale“ Häftlinge eröffnet. Ab Mai 1938 mussten die ersten Häftlinge, die aus dem KZ Dachau hierher kamen, mit dem Aufbau der Baracken, der Lagergebäude und der Sicherungsanlagen beginnen. Ebenso wurden die ersten Arbeitseinsätze für das SS-Unternehmen „Deutsche Erd- und Steinwerke“ durchgeführt. Im KZ Flossenbürg sollten die im Schutzhaftlager untergebrachten Häftlinge vorrangig unter Ausbeutung ihrer Kräfte und durch schlechte Ernährung zu Tode kommen. Neben dem „Schutzhaftlager“ befand sich ein gesonderter Bereich für sowjetische Kriegsgefangene. Sie wurden, ohne Registrierung, nach Hitlers „Kommissarsbefehl“ massenweise ermordet.

Im letzten Kriegsjahr wurden am 8. April 1945 der protestantische Theologe Dietrich Bonhoeffer, der am missglückten Attentat auf Adolf Hitler beteiligte Admiral Wilhelm Canaris sowie General Hans Oster zusammen mit den Reserveoffizieren Gehre und Strüch und Generalstabsrichter Sack in einem Scheinverfahren als „Hochverräter“ verurteilt und am 9. April 1945 gehängt.

Der dritte Besuchstag war der Besichtigung der „Kleinen Festung Theresienstadt“ und dem Besuch der Gedenkstätte „Lidice“ gewidmet. Diesmal wurde die Reisegruppe vom Freiheitskämpfer Milos Volf aus Prag begleitet.

Milos Volf war als junger Mann, gemeinsam mit seiner Familie, wegen geheimer Tätigkeit gegen das NS-Regime, in die „Kleine Festung Theresienstadt“ eingewiesen worden. Später wurden er und sein Vater in das KZ Flossenbürg verlegt. Seine Mutter und seine Großmutter deportierte man nach Ravensbrück. Sämtliche Familienmitglieder überlebten. Aber der Aufenthalt im KZ Flossenbürg sollte Milos Volf Zeit seines Lebens zum Nachteil gereichen, da ihm das kommunistische Regime der Tschechoslowakei später zum Vorwurf machte, dass er 1945 in Flossenbürg von amerikanischen Truppen befreit worden war.

Theresienstadt wurde 1940 auf Wunsch des Leiters der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in Prag, Dr. W. Stahlecker, wegen seiner Nähe zu Prag als Standort für das Gefängnis gewählt. In den Jahren 1940 bis 1945 wurden durch die Gestapo 27.000 Männer und 5.000 Frauen in das Gefängnis überstellt.

Am 4. Juni 1942 wurde der stv. Reichsprotektor Reinhard Heydrich bei einem von Exiltschechen organisierten Attentat in Prag getötet, worauf ein zweites Standrecht erklärt wurde und 1.412 Todesurteile verhängt wurden. Der Großteil der Bewohner von Lidice – darunter auch die meisten Kinder der Gemeinde – wurden ermordet. Die wenigen Bewohner, die überlebt hatten, wurden in Konzentrationslager geschickt. Die verbliebenen Kinder wurden deutschen Familien zur Umerziehung übergeben. Genosse Ludwig Kolin gedachte an der Gedenkstätte, in tschechischer Sprache, dieser Opfer. Er erneuerte das Versprechen der Überlebenden des NS-Regimes abschließend mit den Worten: „Wir verabschieden uns mit dem Schwur „NIEMALS VERGESSEN.““



Ferdinand Hackl hält die Gedenkrede in Flossenbürg

Erinnerungen an Kreisky



W. Petritschs Kreisky-Buch

Am 22. Jänner wäre Bruno Kreisky 90 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass sind zwei Bücher über diesen großen Sozialdemokraten und Staatsmann erschienen. Dr. Wolfgang Petritsch, zur Zeit bekanntlich „Hoher Repräsentant“ in Bosnien und Herzegowina, in Kreiskys Kanzlerjahren dessen langjähriger Pressebetreuer, hat einen großartigen „biographischen Essay“ geschrieben, in dem kein Ereignis der Kreisky-Jahre fehlt („Bruno Kreisky“, Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 2000). Petritsch spart auch jene Ereignisse nicht aus, die auch von den Sozialdemokratischen Freiheitskämpfern kritisch betrachtet wurden. So kam es im Jahr 1972 zu einer Reihe von Freisprüchen von Österreichern, die des vielfachen Mordes an Häftlingen in Auschwitz und Mauthausen bezichtigt worden waren. Obwohl die Prozesse aufgrund umfangreichen Materials korrekt durchgeführt wurden, entschieden sich die Geschworenen in fünf von sechs Fällen für Freisprüche. Diese Fehlurteile veranlassten Kreisky und seinen Justizminister Broda zur faktischen Einstellung aller weiteren Verfahren. – Auch die Auseinandersetzung zwischen

Bruno Kreisky, Friedrich Peter und Simon Wiesenthal bleibt bei Petritsch nicht unerwähnt. Wiesenthal übergab Bundespräsident Kirchschläger ein Dossier über die SS-Vergangenheit des damaligen FPÖ-Obmanns Peter Kreisky empörte sich über Wiesenthal grenzenlos. Er sah in dessen Vorwürfen einen Unterstützungsversuch für die ÖVP und auch einen indirekten Angriff auf seine Nahostpolitik. Er wollte dem FPÖ-Chef, dem, obwohl er in einer berüchtigten Spezialeinheit in Weißrussland gedient hatte, nichts nachgewiesen werden konnte, glauben, dass er keine persönliche Schuld auf sich geladen hatte. Dem Essay von Petritsch ist ein umfangreicher Beitrag von Dr. Manfred Scheuch, „Vom Staat, den keiner wollte, zur österreichischen Nation“ abgeschlossen – ein geschichtlicher Rückblick über die Jahre vom Untergang der Monarchie bis zur schwarz-blauen Koalition. Das zweite Buch, herausgegeben von Dr. Franz Richard Reiter, der schon etliche solche Bücher über bekannte Persönlichkeiten ediert hat (darunter auch „Wer war Rosa Jochmann?“), heißt „Wer war Bruno Kreisky?“ (Ephelant Verlag, Wien 2000). In dem Buch schreiben Zeitgenossen Bruno Kreiskys über diesen. Paul Blau, 1967–70 Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, schreibt zum Beispiel über „Das Nazidilemma der SPÖ“ – dabei wird u. a. auch der Fall Öllinger erwähnt –, aber auch über die eindeutige Distanzierung der SPÖ von der KPÖ in der „Eisenstädter Erklärung“ von 1969. Auch von Rosa Jochmann ist ein kurzer Beitrag in dem Buch. Weiters finden sich drei Beiträge von Kreiskys Sohn Peter und einer von der langjährigen Kanzlersekretärin Margit Schmidt. SPÖ-Vorsitzender Dr. Alfred Gusenbauer berichtet über seine

erste Begegnung mit Kreisky, einer „Staatsbürger-Versammlung“ der SPÖ in Ybbs. Gusenbauer schließt den Beitrag mit einem Bericht von Kreiskys Besuch bei der Promotion Gusenbauers im Juni 1988 – seine eigene Promotionsfeier konnte Kreisky ja wegen des Hitler-Einmarschs 1938 nicht begehen. „Das war jener Tag, an dem er mir jenes Buch schenkte, in das er die Widmung geschrieben hatte, die ich als Auftrag und Übergabe eines Staffettenstabes an mich verstehe: ‚Für Genossen Gusenbauer, in der unerschütterlichen Hoffnung, dass unsere Bewegung diese Episode übersteht wird.‘“ – Das gilt erst recht für heute.

Hans Waschek

„Politischer Gauner“

Das Landesgericht für Strafsachen Wien wies eine Klage Jörg Haider gegen das ZDF ab. Die Bezeichnung „gefährlicher politischer Gauner“ für den damaligen FPÖ-Chef fiel im Herbst 1999 in der Sendung „Frontal“ des Zweiten Deutschen Fernsehens. Die Richterin begründete ihr Urteil damit, dass die Grenzen der Meinungsfreiheit durch diese Bezeichnung, die eine Kritik der Politik Haider beinhalte, nicht überschritten worden seien. Kriminelles Handeln sei ihm nicht vorgeworfen worden.

Haider hat angekündigt, gegen das Urteil neuerlich Berufung einzulegen.

Adel im Widerstand

Der Universitätsprofessor und überzeugte Monarchist Hans Karl Zessner-Spitzenberg war, am 1. August 1938, der zweite Österreicher – nach dem Dollfuß-Berater Robert Hecht –, der im Konzentrationslager Dachau ermordet wurde. Offiziell wurde seiner Familie wie üblich mitgeteilt, dass er einer Lungenentzündung erlegen sei. Als eines der letzten Opfer des NS-Terrors starb Josef Trauttmansdorff-Weinberg zusammen mit seiner Frau Helena Julia und einer Gruppe von Arbeitern der St. Pöltner Fabriken, die die Stadt vor der Zerstörung retten wollten, am 13. April 1945 unter den Kugeln der SS im Hammerpark. – Beide Namen stehen für eine Reihe von Angehörigen des ehemaligen Adels, die sich im Widerstand gegen das NS-Regime befanden. Gudula WALTERSKIRCHEN hat ihnen in dem



Einer der ersten Dachau-Toten: H. K. Zessner-Spitzenberg

Buch „Blaues Blut für Österreich“ (Amalthea-Verlag, Wien) ein Denkmal gesetzt.

Der Adel hatte sich vom austrofaschistischen Ständestaat eine Renaissance, womöglich sogar eine neue Monarchie unter Otto

Habsburg-Lothringen, erwartet. Diese Hoffnungen wurden durch den Einmarsch Hitlers zerstört, die Ziele vieler enttäuschter Adeltiger, die auch den Anschluss an Deutschland ablehnten, blieben die gleichen. Aber ihr Widerstand, auch wenn er nicht unbedingt der Wiederherstellung der demokratischen Republik galt, verdient Anerkennung, so anachronistisch auch die Inschrift auf der Gedenktafel für Zessner-Spitzenberg an der Kaasgrabenkirche (Wien 19) anmuten mag: „Gefallen für Gott, Kaiser und Vaterland“.

Handbuch über die NS-Herrschaft in Österreich würdigt den Widerstand

Kaum zu glauben – und trotzdem stimmt es: Erst nach mehr als einem halben Jahrhundert seit dem Ende der Hitler-Diktatur ist vor kurzem eine umfassende Gesamtdarstellung der NS-Herrschaft in Österreich erschienen. Vier namhafte Historiker und Sozialwissenschaftler – Emmerich Tálos, Ernst Hanisch, Reinhard Sieder und Wolfgang Neugebauer – haben es, unter Beiziehung zahlreicher Fachkollegen, unternommen, dieses einschneidendste Kapitel der Geschichte Österreichs im eben abgelaufenen Jahrhundert unter den verschiedensten Aspekten zu beleuchten. Ein Blick auf die Abschnitte und Einzelkapitel des tausend Seiten umfassenden Nachschlagewerks „NS-Herrschaft in Österreich“ (öbv & hpt

Verlag Wien) überzeugt, dass kein Bereich übersehen wurde. Die Vorgänge, die zum „Anschluss“ führten, die Nazi-Herrschaftsorganisation und die Herrschaftsstrukturen, die bisher höchstens in Einzeluntersuchungen vorliegende Darstellung des Nationalsozialismus in den Regionen, die soziale und ökonomische Entwicklung, der Versuch der Nazis, Bildung und Kultur total zu bevormunden, Judenverfolgung und -vernichtung, Arisierung, Zwangsarbeit und die Emigration werden eingehend beleuchtet. Für die Mitglieder des Bundes der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und die anderen Opfer-Organisationen besonders interessant ist die Behandlung des Kapitels „Widerstand und Opposition“. Sie liegt in den bewährten Händen des Leiters des Doku-

mentationsarchives des österreichischen Widerstandes, Wolfgang Neugebauer. Mit der Gründung des DÖW 1963 ist ja erst die Aufarbeitung der Geschichte des Widerstands auf eine breite Basis gestellt worden; dazu kam in der

Folge die Gründung zeitgeschichtlicher Universitätsinstitute. Neugebauer analysiert die Anfänge und Probleme des Widerstands in Österreich und geht dann in weiteren Abschnitten auf die einzelnen politischen Aktivitäten verschiedener Gruppierungen ein: der Sozialisten und Kommunisten, auf den Widerstand in den Betrieben,



im bürgerlichen und katholischen Lager, der Zeugen Jehovas und anderer christlicher Gruppen sowie auch auf den bewaffneten Widerstand, auf die Aktionen innerhalb der Wehr-

macht, den Widerstand in den Lagern und Gefängnissen und auf jenen mutiger Einzelner. Grob geschätzt, kommt Neugebauer in seinem Resümee auf rund 100.000 Österreicher und Österreicherinnen, die im Widerstand tätig waren – 32.000 davon bezahlten das mit ihrem Leben. ■

Landeskonferenz der Freiheitskämpfer Niederösterreich

Am Freitag, dem 3. November 2000, fand in Wien, im Festsaal der Kammer für Arbeiter und Angestellte Niederösterreich, die Landeskonferenz der niederösterreichischen Freiheitskämpfer statt,

bei der folgende Genossinnen und Genossen in das Landespräsidium gewählt wurden: Vorsitzender: Karl Gruber, stv. Vorsitzende: Walter Faderny, Prof. Alfred Ströer und Dr. Johann Stippel; Kassier: Engelbert

Lepic, Kassier-Stv.: Gertraud Beilschmied; Schriftführer Ing. Josef Wicher, Schriftführer-Stv./Karteiführer: Mag. Ewald Buschenreiter.

In die Kontrollkommission wurden gewählt: Vorsitzender:

Egon Meyer; Mitglieder der Kontrolle: Alfred Schwaiger und Otto Peterl.

Hauptredner bei dieser Tagung war ÖGB-Präsident Nationalrat Fritz Verzetnitsch. ■

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten, 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-277, Fax 534 27-258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at. **Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon 524 70 86-0. **Hersteller:** Leykam Druck Ges. m. b. H., Werk Gutenberg, Johannes-Gutenberg-Straße 5, 2700 Wiener Neustadt.

Zulassungsnummer: WoGZ 58 U

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus über ihre rechtlichen Ansprüche.

Frau
GERLINDE SCHWANTNER

DARINGERG. 14/25/6
1190